

rung unserer Republik erneut ihre Verhandlungsbereitschaft bewiesen, indem Genosse Walter Ulbricht in der Regierungserklärung vorschlug, über die Erweiterung des Interzonenhandels, über die Regelung des Interzonenverkehrs, über die Stärke der Polizei und über die Verbreitungsfreiheit humanistischer und über den Kampf gegen militaristische Literatur zu verhandeln. Darauf haben die rechten SPD-Führer nicht geantwortet, sondern versuchten, diese Vorschläge totzuschweigen.

Die SPD-Führer erklären ständig, daß die Frage der deutschen Einheit ausschließlich eine Angelegenheit der vier Großmächte sei, daß das deutsche Volk selbst darauf keinen Einfluß hätte. Dies ist eine offensichtliche Irreführung, um die Volksmassen vom Kampf abzuhalten; denn die deutsche Einheit ist in erster Linie eine Angelegenheit der Deutschen selbst, die sehr wohl auf ihre Geschicke maßgebenden Einfluß nehmen können.

Wenn jetzt die Viermächteverhandlungen stattfinden und die imperialistischen Westmächte an den Verhandlungstisch gezwungen werden, so deshalb, weil die Massenbewegung zur Lösung der deutschen Frage und zur Entspannung der internationalen Lage in ganz Deutschland und allen anderen Nachbarländern im Laufe des letzten Jahres ständig wuchs.

Während sich die SPD-Führer weigern, mit Vertretern der Arbeiter- und Bauernregierung der Deutschen Demokratischen Republik ins Gespräch zu kommen, führen sie jetzt mit Adenauer Verhandlungen über eine gemeinsame Außenpolitik, deren Hauptziel die Aufstellung einer westdeutschen Armee im Rahmen der sogenannten „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ ist. Mit dieser Armee soll unter dem Kommando der amerikanischen Militärs die Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik und die Länder des Sozialismus erfolgen. Die „Opposition“ der SPD-Führer gegen die EVG war nur eine scheinbare, prinzipiell waren und sind sie nicht Gegner, sondern Verfechter der Pläne des westlichen Kriegsblocks.

Der Haß der sozialdemokratischen Führer gegen die Deutsche Demokratische Republik ergibt sich aus ihrer prinzipiell feindlichen Stellung zur revolutionären Staatsmacht der Arbeiter und Bauern, aus ihrem Haß gegen die Welt des Sozialismus. Sie wollen die Macht des Imperialismus nicht stürzen, sondern erhalten. So werden sie zwangsläufig zu Verteidigern der reaktionären amerikanischen Politik.

Die Regierung der amerikanischen Imperialisten arbeitet schon jahrelang daran, die SPD und die anderen sozialistischen Parteien Westeuropas und die unter ihrem Einfluß stehenden Gewerkschaften für ihre Politik einzuspannen. Das amerikanische Außenministerium bildete eine besondere Agentur unter dem Namen „Labour Organisation of Europe“, und stattete sie reichlich mit Geldmitteln aus. Diese Organisation sollte überall in Westeuropa innerhalb der sozialdemokratischen Parteien Agenturen schaffen, um die Politik dieser Parteien auf die amerikanische Linie auszurichten. Zu diesem Zweck gründete zum Beispiel der französische rechtssozialistische Abgeordnete André Philip die „Sozialistische Bewegung der Vereinigten Staaten von Europa“. Dieser Organisation traten u. a. folgende sozialdemokratische Funktionäre bei: Max Brauer, der Bremer Senatspräsident Kaisen, Ernst Reuter, Dr. Brill, Carlo Schmidt, die Gewerkschaftsführer Fette und Rosenberg.

Der Parteivorstand der SPD mit Ollenhauer und Meines an der Spitze ist über die Tätigkeit der amerikanischen Fraktion informiert und duldet sie stillschweigend. Man

versucht den Mitgliedern einzureden, die Tätigkeit dieser amerikanischen Agenten sei völlig unbedeutend und belanglos. Der SPD-Parteivorstand hätte mit ihr offiziell nichts zu tun. Weshalb bezieht Ollenhauer eine derartige Stellung und warum wendet er sich nicht gegen diese Fraktionstätigkeit? Deshalb, weil die Spitze der sozialdemokratischen Partei prinzipiell auf dem Standpunkt der amerikanischen Kriegspolitik steht, es aber zur Zeit noch für ratsam hält, diese Politik nicht offen zu vertreten, sondern sie vor den sozialdemokratischen Mitgliedern zu verschleiern. Wer aber die Zersetzungsarbeit amerikanischer Agenten stillschweigend duldet, der ist für diese Politik voll verantwortlich, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei müssen erkennen, daß ihre Führung auf die Position der amerikanischen Kriegsvorbereitung übergegangen ist, daß sie vor dem arbeiterfeindlichen und reaktionären Adenauer-Regime kapituliert hat. Es ist aussichtslos, von dieser Seite irgendwelchen Widerstand gegen die Politik der Militarisierung und Faschisierung zu erwarten.

Welchen Weg müssen die klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter einschlagen? Nur die geeinte Kraft der deutschen Arbeiterklasse kann der Kriegspolitik Adenauers erfolgreich entgegentreten. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die das Adenauer-Regime hassen, die gegen die Vorbereitungen eines neuen Krieges sind, die die Interessen der Arbeiterschaft gegen die brutalen Angriffe der westdeutschen Unternehmerschaft verteidigen wollen, müssen in enger Aktionsgemeinschaft mit ihren kommunistischen, christlichen und parteilosen Kollegen den organisierten Kampf gegen die Vorbereitungen eines neuen Krieges, gegen die Ausbeutung in den Betrieben und den Raub ihrer demokratischen Rechte beginnen.

Den Kommunisten in Westdeutschland und den Mitgliedern der SED in Groß-Berlin erwächst die verantwortungsvolle Aufgabe, mit ihren sozialdemokratischen Kollegen in den Betrieben über die Politik der SPD-Führung geduldig und beharrlich zu diskutieren und ihnen die Zusammenhänge und die Hintergründe dieser gefährlichen und schädlichen Politik zu erklären. Vor allem gilt es, die SPD-Kollegen von der Richtigkeit der Politik der Arbeiter- und Bauernregierung in der Deutschen Demokratischen Republik zu überzeugen und ihnen die gesellschaftlichen Verhältnisse in unserer Republik vom proletarischen Klassenstandpunkt aus zu erläutern.

Die Entwicklung des Klassenbewußtseins der sozialdemokratischen Arbeiter ist die wichtigste Voraussetzung für die Aktionseinheit aller Arbeiter. Viele ehrliche Sozialdemokraten haben sich schon durch eigene Anschauung von der Richtigkeit des Weges der Deutschen Demokratischen Republik überzeugt und sind zu mutigen Kämpfern für die Einheit der Arbeiterschaft und zu kühnen Verfechtern ihrer gerechten Sache geworden. Daher sollten möglichst viele Arbeiterdelegationen die Deutsche Demokratische Republik besuchen, um ihren Genossen nachher aus eigenem Erleben von den Erfolgen der Politik unserer Arbeiter- und Bauernregierung berichten zu können. Wir müssen alles tun, um jedem deutschen Arbeiter klarzumachen, daß die deutsche Arbeiterklasse die Hauptverantwortung im Kampf um die Erhaltung des Friedens trägt, daß sie die größte Kraft ist, die die Pläne der amerikanischen Kriegstreiber und ihrer deutschen Vasallen durchkreuzen kann, wie Genosse Ulbricht in der Regierungserklärung am 25. November 1953 hervorhob. M. M.